

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
III/332/KKB

Verantwortliche/r:

Vorlagennummer:
332/008/2011

Vorwürfe gegen die Erlanger Ausländerbehörde

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	07.12.2011	Ö	Beschluss	einstimmig angenommen

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.
2. Der gemeinsame Fraktionsantrag der SPD und Grünen Liste Nr. 194/2011 ist damit bearbeitet.

II. Begründung

„Die Stadt Erlangen ist bereit, auf die erhobenen Forderungen des Bayerischen Flüchtlingsrates, des Ausländer- und Integrationsbeirates der Stadt Erlangen und anderer Organisationen nach Überprüfung von Maßnahmen gegen drei Asylbewerber einzugehen und sich in diesem Sinne an die Regierung von Mittelfranken zu wenden.“ Das haben Bürgermeisterin Elisabeth Preuß und die Rechtsreferentin der Stadt Erlangen, Marlene Wüstner, erklärt.

Zugleich wiesen beide darauf hin, dass in zwei der drei Fälle die Stadt Erlangen lediglich ausführendes Organ im Auftrag des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Nürnberg war. In einer Pressemitteilung unterstreicht die Stadt, dass sie die erhobenen Vorwürfe sehr ernst nehme, da sie von anerkannten, renommierten Organisationen, darunter auch Amnesty International / Ortsgruppe Erlangen, erhoben wurden. Eine erste juristische Schnellprüfung habe allerdings keinen Anlass zum Zweifel an der Korrektheit der verschiedenen Entscheidungen ergeben. Dennoch sei man bereit, die gesamten Vorgänge überprüfen zu lassen bzw. mit dem BAMF das Gespräch zu suchen.

In jedem Fall werde man auch intern die Vorgänge noch einmal genau rekapitulieren, nicht zuletzt weil der Schutz der Familie, aber auch ein menschlich fairer Umgang mit Menschen in schwierigen persönlichen Situationen, der Stadtverwaltung ein großes Anliegen sei.

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
 sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
 sind nicht vorhanden

Anlagen:

III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 07.12.2011

Protokollvermerk:

Herr StR Dr. Janik beantragt, dass die Stadt Erlangen in jedem Fall davon Abstand nehmen soll, gegen die Initiatoren der Pressekonferenz strafrechtlich o.ä. vorzugehen.

Der Vorsitzende OBM Dr. Balleis sagt zu, dass die Stadt Erlangen bis auf weiteres keinen Strafantrag stellen wird.

Frau StRin Lender-Cassens beantragt, dem anwesenden RA Frisch Rederecht einzuräumen. Dieser Antrag wird mit 6 gegen 7 Stimmen abgelehnt.

Ergebnis/Beschluss:

1. Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.
2. Der gemeinsame Fraktionsantrag der SPD und Grünen Liste Nr. 194/2011 ist damit bearbeitet.

mit 13 gegen 0 Stimmen

gez. Dr. Balleis
Vorsitzende/r

gez. Wüstner
Berichterstatter/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang